

September 2019



ZIELSCHEIBE

**Mogelpackung Nachersatzverfahren - Die Politik
spart die Polizei Essen und Mülheim kaputt**

**Hambacher Forst -
1:1 sollte es schon
sein**

**NRZ: Erneut
weniger
Polizisten beim
PP Essen**



**Gewerkschaft
der Polizei NRW**
Kreisgruppe Essen/Mülheim

Zuhause gut gepflegt

Pflegedienst Lebenswert



Franz Sales Haus

Nach einer schweren Erkrankung, einem Unfall mit Folgen, bei behinderungsbedingten Einschränkungen oder plötzlichen Altersgebrechen helfen wir Ihnen gerne: Das Franz Sales Haus hat **seit über 130 Jahren Kompetenz** in der Unterstützung von Menschen und ab sofort auch einen **ambulanten Pflegedienst**.

Wenn Sie Zuhause alleine nicht weiterkommen, sind wir für Sie da und helfen Ihnen dabei, **das Leben wieder lebenswert zu gestalten:**

- bei pflegerischem Hilfebedarf
- zur Betreuung und Tagesstrukturierung
- für hauswirtschaftlichen Tätigkeiten
- zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen

.....

Pflegedienst Lebenswert ■ Franz Sales Wohnen ■ Steeler Str. 350a ■ 45138 Essen
Telefon (0201) 52027888 ■ pflegedienst@franz-sales-haus.de

www.pflegedienst-lebenswert.ruhr



Liebe Mitglieder,

es ist guter Brauch, dass zum landesweiten Versetzungstermin eine aktuelle Ausgabe der „Zielscheibe“ erscheint. Gerne nutze ich an dieser Stelle die Gelegenheit, alle zum PP Essen versetzten Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen zu heißen und den erfolgreichen Studiumabsolventinnen und -absolventen zur bestandenen Prüfung zu gratulieren. Begrüßen möchte ich ausdrücklich auch diejenigen, die in den letzten Wochen in unserer Behörde einen Arbeitsplatz gefunden haben und in die GdP eingetreten sind. Sie haben erkannt, dass ohne gewerkschaftliches Engagement, gerade im öffentlichen Dienst, vieles anders laufen würde. Gewerkschaftszugehörigkeit ist mehr als ein Kosten-Nutzen-Effekt. Darüber hinaus bietet die Mitgliedschaft in der GdP viele zusätzliche Vorteile.



Leider haben wir das Tal der Personalreduzierung bei der NRW-Polizei noch nicht verlassen und das PP Essen ist ebenfalls betroffen. Deshalb freuen wir uns, über jede neue Mitarbeiterin/jeden neuen Mitarbeiter die/der tatkräftig mithelfen, die vielfältigen Aufgaben in unserer Behörde zu bewältigen. In einigen Dienststellen ist es inzwischen so weit, dass die anfallenden Aufgaben nur unter außerordentlichen Einsatz und einen an die Grenze der zumutbaren Belastung gehend erledigt werden können. Hinzu kommt, dass Innenminister Herbert Reul für die Behörden eine Priorität festgelegt hat: Das Hauptaugenmerk der polizeilichen Arbeit muss bei der Bearbeitung/Aufarbeitung von Fällen des abscheulichen Kindermissbrauches liegen. Wer, wenn nicht wir, hätte dafür vollstes Verständnis, aber wir bei immer weniger werdendem Personal immer mehr Aufgaben? Der Kampf gegen die Clan-Kriminalität erfordert einen hohen Personaleinsatz, um kontinuierlich Erfolge zu erzielen. Der Behördenleiter hat in verschiedenen Statements betont, dass für diese Aufgabe ein langer Atem benötigt wird. Aber haben wir das notwendige Personal dafür? Können wir wirklich andere Aufgaben (beispielsweise Einrichten von Ermittlungskommissionen) vernachlässigen? Der Bereich zur Aufklärung von terroristischen Anschlägen bzw. deren Verhinderung, war bis vor geraumer Zeit oberstes Gebot. Die Polizei kann sich bei bestimmten Delikten oder Deliktstorbereitungen keine Nachlässigkeiten erlauben. Allerdings sehe ich wenig Möglichkeiten, wie wir dies alles mit dem vorhandenen Personal bewältigen sollen. Von der weiter steigenden Anzahl von Überstunden ganz zu schweigen. Oftmals haben wir im politischen Bereich auf die Besonderheiten und Belastungen in unserer Behörde hingewiesen. Leider ist daraus kein Personalzuwachs geworden, aber wir geben nicht auf und werden den Finger weiter in die Wunde legen – ohne Wenn und Aber. In dieser Ausgabe nehmen wir uns dem Thema „Personalentwicklung“ an und stellen Zahlen vor.

Steigende Zahlen sind nach wie vor im Bereich der Gewalt gegen Polizisten zu verzeichnen. Dazu hat die GdP beim WuW-Forum aufmerksam gemacht und Positionen eingenommen (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Wir alle haben die Berichterstattungen aus den Freibädern zur Kenntnis nehmen müssen; die Respektlosigkeit gegenüber Weisungsbefugten nimmt immer mehr überhand. Nur mit massivem polizeilichen Personaleinsatz konnten weitergehende Übergriffe oder Ausschreitungen verhindert werden. Ich hatte immer angenommen, dass Freibäder der Entspannung dienten und keine rechtsfreien Räume sind. Dagegen werden jetzt Maßnahmen ergriffen, die hoffentlich zum Erfolg führen. „Es ist verwunderlich, dass ich nach Deutschland einreisen kann, ohne mich ausweisen

zu müssen, ins Schwimmbad komme ich demnächst nur mit Ausweis“, so ein Kollege in einem Gespräch. Das Verhalten bestimmter Gruppen darf aber keinesfalls zur Verallgemeinerung führen und Ausländerfeindlichkeit schüren.

Auch die Berichterstattung zum angeblichen Gewaltverhalten von Polizeibeamtinnen und -beamten bereitet mir Sorge. Auf Grundlage einer anonymen Studie und Aussagen Einzelner, werden Rückschlüsse auf die gesamte Polizei gezogen – dagegen verwehre ich mich ausdrücklich und sage dies an verschiedenen Stellen. Polizeiliches Handeln unterliegt immer einer Kontrolle, ob im Bereich von Verwaltungsmaßnahmen oder im Straf- und Ordnungsrecht. Allein daraus ergibt sich schon, dass wir in Deutschland eine der weltweit rechtsstaatlichen Polizeien haben.

Wir, die GdP-Kreisgruppe Essen/Mülheim werden in nächster Zeit einige Veranstaltungen (z.B. Kreisgruppen-Seminar zur Vorbereitung auf die Personalratswahl 2020; Kletteraktion unserer Jungen Gruppe; Oktoberfest „Blaulichttag“; Hallen-Fußballturnier; GdP-Varieté in Essen und Bürger- und Polizeifest in Mülheim an der Ruhr) anbieten. Unsere Veranstaltungen leben mit Eurer Beteiligung; deshalb schaut, was für Euch passt, macht mit und meldet Euch an. Wir freuen uns ebenso auf Gespräche mit Euch, denn wir sind für Euch da – nicht nur zur „normalen“ Arbeitszeit.

Einen Termin möchte ich Euch schon jetzt besonders ans Herz legen: 1. Dezember 2019! Ab diesen Tag könnt ihr euch online für die GdP-Seminare 2020 anmelden. In der Dezemberausgabe der „Deutsche Polizei“ wird der GdP-Fortbildungskalender veröffentlicht. Interessierte, insbesondere fürs Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“, sollten dann sofort die Onlineanmeldung nutzen, denn es gilt das Windhund-Prinzip.

Heiko Müller



www.bio-fleischerei-burchhardt.de

Bergerhausen • Rellinghauser Str. 288 • Tel. 0201 / 25 04 71

Kupferdreh • Kupferdreher Markt 2 • Tel. 0201 / 48 03 91

Inhaltsverzeichnis

1:1 sollte es schon sein...

Es war heiß, da gab es von der GdP das Wassereis...

Mogelpackung - Nachersatzverfahren 2019

Artikel WAZ - Unser Aufschlag in der WAZ

Beamten-Info - Thomas Kutschaty

Ein wichtiger Hinweis & eine Bitte an alle neuen Kollegen des PP Essen

WuW-Forum der GdP – „Es reicht! Keine Gewalt gegen Polizisten“

Projekt „ANITA“ – erstes Musterbüro fertiggestellt!

Unser Gewinnspiel in der letzten Ausgabe:

Ziellinie der AG Tarif in Sichtweite

IT-Duales Studium

Das Teilzeitmärchen

Sport- und Gesundheitstag

Seniorenfahrt 2019

Senioreninfo

Erste Ruhestandsausweise ausgegeben

Heil- und Hilfsmittel im Rahmen der Beihilfe und freien Heilfürsorge



Mit der GdP und zur Traumfigur!

Mit 1,4 Millionen Mitgliedern und über 340 Studios in fünf Ländern ist McFIT Europas Nr. 1. Mit dem GdP-Mitgliedsausweis können Mitglieder nunpoweit in allen Studios an 365 Tagen im Jahr trainieren, im deutschsprachigen Raum sogar 24 Stunden am Tag. Überzeuge Dich selbst von McFIT und mach noch heute Dein Probetraining – natürlich kostenlos und unverbindlich.

Bei Vorlage des GdP-Mitgliedsausweises zahlst Du im Monat 16 Euro (statt 18,90 Euro) und es entfällt für Dich die Aktivierungsgebühr (noch 10 Euro). Dieses Angebot gilt auch für Partner und Familienangehörige mit derselben Anschrift. Die Anmeldung erfolgt in diesem Fall in Begleitung eines bereits angemeldeten GdP-Mitglieds.

<https://www.mcf.it.com/de/>

Impressum:

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Essen/Mülheim, Geschäftsbüro: Norbertstr. 165, 45133 Essen
Verantwortlich: Im Sinne des Pressegesetzes der geschäftsführende Vorstand der GdP-Kreisgruppe Essen/Mülheim
Vorsitzender: Heiko Müller
Homepage: www.gdp-essen-mülheim.de
E-Mail: J.Brackmann@gmx.de
Anzeigen/Werbung: Roger Jaworski
Layout: Jörg Brackmann
Druck: WirmachenDruck.de
Auflage/Verteilung: 1500 Exemplare/alle Dienststellen des PP Essen, angrenzende Kreisgruppen, Seniorengruppe, Landesvorstand der GdP
„Zielscheibe“ ist eine nicht kommerzielle Zeitschrift der GdP-Kreisgruppe Essen/Mülheim.

Der Nachdruck aller Artikel ist erwünscht; der Nachdruck von Karikaturen und Fotos nur nach Rücksprache mit der GdP-Kreisgruppe (Vorstand). Änderungen oder Kürzungen zugesandter Artikel (bitte an die oben genannte Adresse) werden nur nach Rücksprache mit den Verfassern vorgenommen und sind unter Umständen nicht Meinung des Herausgebers. Bei nicht namentlich gekennzeichneten Artikeln ist der Verfasser der Redaktion bekannt.

WirmachenDruck.de
Sparen Sie bis zu 50% beim Druck!

Freiwilliges Soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst Komm' ins Team und engagiere Dich!



Im FSJ (Freiwilliges Soziales Jahr) und BFD (Bundesfreiwilligendienst) erwarten Dich eine qualifizierte Ausbildung als Rettungshelfer NRW und spannende Schulungen für Dein zukünftiges Einsatzgebiet.

Einsatzbereiche sind der Hausnotrufdienst, der Transport von Blutkonserven und Transplantaten, der Krankentransport, die Leitstelle sowie die Ausbildung und Jugend. Zudem kannst Du bei Sanitätsdiensten mit dabei sein!

Bewerbung an: bewerbung.essen@johanniter.de
Infos unter: (0201) 89646-0
oder auf www.johanniter.de/essen

**DIE
JOHANNITER**

Regionalverband Essen
Essen · Mülheim · Bottrop





1:1 sollte es schon sein...

Beim Fußball ist ein 1:1 manchmal ein gutes Ergebnis - bei der Stundenvergütung im Zusammenhang mit auswärtigen Einsätzen treten dazu leider immer wieder Diskussionen auf.

Dabei wäre es so einfach, wenn in der Vorbereitung auf einen Großeinsatz sich in Einsatzbefehlen eindeutige Formulierungen finden würden und diese nicht mehr verändert würden.

Im Juni mussten wir im Zusammenhang mit dem Einsatz „Ende Gelände“ im Bereich des Hambacher Forstes andere Erfahrungen machen. Dies betraf auch unsere Einsatzhundertschaft. So wurde zunächst für Hundertschaften eine „Einsatzbereitschaft“ für den gesamte Dienstzeit festgelegt.

In der Endfassung des Einsatzbefehls fehlte (nicht aus Vergesslichkeit) dieser Passus.

Offensichtlich gab es Irritationen, warum nicht alle Einsatzkräfte davon erfasst werden sollten. Dabei hätte die erste Fassung lediglich um den nachfolgenden Text aus der Arbeitszeitverordnung für die NRW Polizei erweitert werden müssen: Die Entscheidung über die Anordnung von Bereitschaftsdienst obliegt der dienstvorgesetzten Stelle. Diese kann die Befugnis auf Vorgesetzte übertragen (§9 Abs. 2 AZVO Pol NRW).

Da dies nicht erfolgte, musste die Realität im Einsatz abgewartet werden. Grundsätzlich muss bei einer Einsatzdauer von mehr als 12 Stunden auswärtigen Kräften eine Übernachtungsmöglich-

keit in der Nähe des Einsatzortes angeboten werden. Dies führt zu weiteren Diskussionen, denn was bedeutet „Nähe“? Zudem sind geeignete und adäquate Unterbringungsmöglichkeiten häufig endlich.

Vermutlich auch wegen des Feiertages wurde dieses Demo-Wochenende von ca. 50 000 Menschen genutzt, um für den schnellen Ausstieg aus der Braunkohle zu demonstrieren. Leider lief nicht alles friedlich ab, denn Gleisanlagen wurden blockiert und einige Störer drangen in den Tagebau ein. So konnte das Deeskalationskonzept nicht mehr aufgehen.

Daraus ergaben sich für die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen Wirkungszeiten vor Ort von mehr als 12 Stunden, was nur ansatzweise die Belastungen (auch wegen der hohen sommerlichen Temperaturen) widerspiegelt.

Nach unseren Informationen wurden bis zu 17 Stunden im Einsatzraum gearbeitet. Mit An- und Abfahrt sowie Abrüsten verblieben lediglich vier (!) Stunden Schlaf.

Hier von Freizeit zu sprechen, kann nicht wirklich ernsthaft gemeint sein. Deshalb haben wir als GdP den Innenminister angeschrieben und um Prüfung gebeten, wie die Stundenvergütung für diese Kräfte geregelt werden soll. Die GdP hat die Erwartungshaltung, dass die Zeit zwischen den Einsätzen am Ort des Geschehens und den Ruhezeiten in den Gemeinschaftsunterkünften als Arbeitszeit vergütet wird.

Urlaubsreisen zu GdP-Preisen

Bei der Umsetzung Ihrer
Urlaubswünsche sind Ihnen die
Touristikspezialisten Ihres
GdP-Reisebüros gerne behilflich.

Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!

GdP Reiseservice

0211/29101 - 44/-45/-63/-64

www.gdp-reiseservice.de

pinguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Sicherlich kann eine 1:1 Vergütung nur unzureichend die Belastungen minimieren, aber sie wäre den realistischen Gegebenheiten angepasst.

Um sich ein Bild von den Geschehnissen im Einsatz zu machen, begleitet die GdP derartige Großeinsätze mit einem Betreuungsteam. Wir sind nicht nur Ansprechpartner, sondern versuchen

mit kleinen Aktionen Einsätze erträglicher zu machen. Bewährt hat sich der Eiswagen, den wir auch in diesem Einsatz geordert hatten und der sich großer Beliebtheit erfreute. Zumindest hier konnten wir für Abkühlung sorgen...

Es war heiß, da gab es von der GdP das Wassereis...

... Neben dem bewährten Eiswagen in GdP betreuten Großeinsätzen, hat die Kreisgruppe Essen/Mülheim die Idee aufgegriffen und den Kolleginnen und Kollegen in deren Dienststellen Wassereis gebracht.

Unter dem einfachen Motto:

Heute ist es heiß, daher gibt es Wassereis!

verteilten die Vertrauensleute den kühlen Riegel auf den verschiedensten Dienststellen. Die Aktion wurde in der bisher heißesten Woche dieses Sommers an drei Tagen durchgeführt, so

dass wir hoffentlich alle Kolleginnen und Kollegen erreicht haben. Über unseren Facebook-Auftritt wurde ferner den Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit geboten, das Wassereis bei uns abzuholen.

Auch dieses Angebot wurde rege genutzt, was uns den Erfolg unserer Aktion nochmal verdeutlicht hat. In Gesprächen haben wir die Überzeugung erlangt, dass dies keine einmalige Aktion bleiben wird.

Die Freude über eine kleine kühle Überraschung bei teilweise fehlenden Abkühlungen auf den Dienststellen kam einfach nur gut an!!!





Mogelpackung - Nachersatzverfahren 2019

Wir haben Anfang August 2019 und die ganze Behörde blickt gespannt auf das Nachersatzverfahren. Keiner weiß, wie es am 1.9. weitergeht und wie die einzelnen Dienststellen sich in Bezug auf die Personalstärke organisieren müssen. Wir haben ja noch drei Wochen Zeit... Die Sachstandsbetrachtung in den Direktionen lässt eine weitere Verschlimmerung der Personalsituation erahnen.

Diese pessimistische Einschätzung hat seine Ursache in der Umsetzung der Personalverteilung durch das Ministerium und der verfehlten Politik der Vorgängerregierung der letzten Jahre. Aus der folgenden Tabelle mit den Zahlen der Landesarbeitsgruppe BKV wird deutlich, was das Ministerium dem PP Essen in den letzten Jahren beschert hat.

In der BKV Zuweisung aus 2018 fehlen im Vergleich zum Jahr 2000 insgesamt 90 Stellen.

An dieser Stelle sollte man berücksichtigen, dass wir mittlerweile ein MEK (19 PVB), den vierten Zug der Hundertschaft (38 PVB) und verschiedene andere Aufgaben mit Stellenzuweisungen im geringen Umfang wie z. B. VU-Teams, Clan, Staatsschutz etc. zusätzlich erhalten haben. Rechnet man diese Zahlen zusammen, fehlt dem PP Essen hier ein guter dreistelliger Personalbestand bei immer weiter zunehmenden Aufgaben. Da wundert es niemanden, dass man immer häufiger Krankheiten, wie

Burnout oder andere stressbedingte Erkrankungen, wahrnimmt. Jede Kollegin, jeder Kollege kennt Lebenssachverhalte, die so oder so ähnlich verlaufen sind.

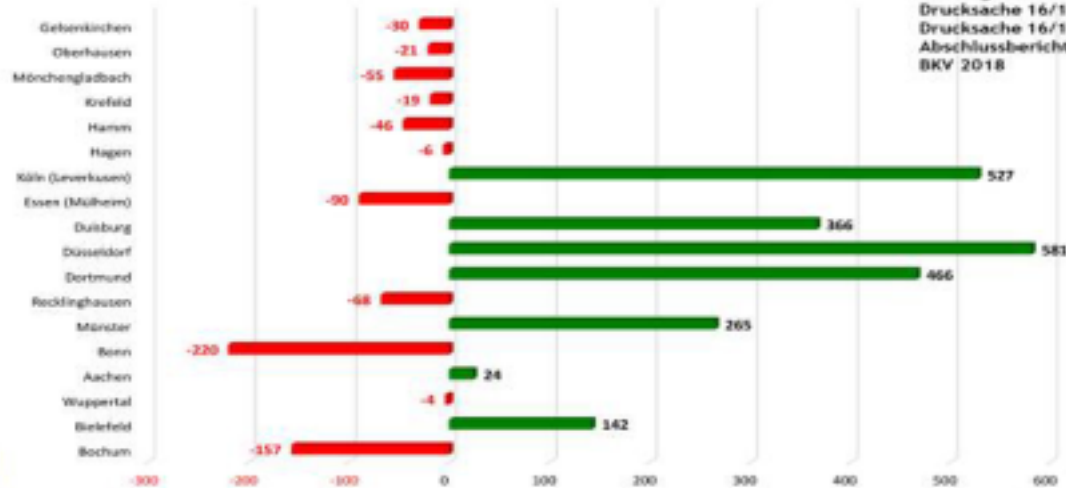
Ohne „in die Glaskugel zu blicken“, führen diese Langzeiterkrankungen nicht zu einer Besserung der Personalsituation. Da hilft auch kein Sportabzeichen oder das Angebot von Stresseminaren. Die Kolleginnen und Kollegen laufen durchgehend im roten Bereich und Erholungsphasen sind nicht absehbar.

Aus diesem Grund möchten wir als Kreisgruppe Essen/Mülheim die Führungskräfte des PP Essen ermutigen, ihrer Fürsorgepflicht weiterhin eine hohe Bedeutung zukommen zu lassen, denn nur die Vorgesetzten können die schützende Hand über ausbrennende Kolleginnen und Kollegen halten. Die Gesundheit ist das höchste Gut, das wir haben und das darf uns der Job nicht kosten.

Insbesondere fordern wir aber die Politik auf, ehrlich mit Zahlen zu sein und nicht, wie kürzlich durch Politiker der Regierungskoalition (CDU/FDP) dargestellt, zu Unrecht behaupten, dass es sinngemäß keine Mehrbelastung und kein Personalabbau bei der Polizei Essen gebe. Im Gegenteil, es solle sogar einen Stellenzuwachs gegeben haben.

Personal - Vergleich PP = BKV 2000 mit 2018

Landtag NRW
Drucksache 16/12635
Drucksache 16/12643
Abschlussbericht LAG BKV
BKV 2018



Das ist eine zutiefst unsoziale und unehrliche Behauptung, die wir als Kreisgruppe Essen/Mülheim so nicht hinnehmen werden.

Zudem lässt sich die Mehrbelastung auch an Überstundenzahlen festmachen. Hier haben wir jährlich eine Steigerung zu beklagen.

Eine höhere Personalzuweisung hat nicht stattgefunden. Stellensockel mögen erhöht worden sein, jedoch wurden diese nur auf dem Papier erstellt. Die dazugehörigen Kolleginnen und Kollegen wurden aber nicht, wie auf dem Papier geschrieben, dem PP Essen zugesprochen.

Wie oben dargestellt, fehlt uns aus den letzten Nachersatzjahren eine gute dreistellige Zahl an Kolleginnen und Kollegen. Die Einstellung von Regierungsbeschäftigten ist gut und richtig, kann aber das Personaldefizit nicht ausgleichen. Auch den Einsatzbereich von Tarifbeschäftigten und Polizeivollzugsbeamten gleichzusetzen ist sachfremd.

Es gibt Tätigkeitsbeschreibungen, die bei jedem/r eingestellten Tarifbeschäftigten/n eingehalten werden müssen. Werden ihr weitere, andere oder höherwertige Aufgaben übertragen, muss eine Höhergruppierung etc. geprüft werden, bevor die Aufgaben übernommen werden dürfen. Ansonsten könnten Vorgesetzte

ggf. in Regress genommen werden. Zudem können Angestellte in BAO nicht wie Polizeibeamte eingesetzt werden und stehen somit bei Sondereinsätzen nur begrenzt zur Verfügung, so dass diese Sondereinsätze durch immer weniger Schultern getragen werden müssen.

Beispielhaft genannt sei hier der durch die Politik zu verantwortende Einsatz „Hambacher Forst“, der Millionen Stunden und Überstunden verursacht hat. Weitere BAO, die mit immer mehr Personal bewältigt werden müssen, lassen weitere Stunden „dienstpostenfremd“ entstehen. Die Politik vergisst offensichtlich, dass diese Stunden nicht nur entstehen, sondern im Anschluss in den Dienststellen auch freigenommen werden müssen und dann Arbeit umverteilt bzw. später erledigt wird.

Wir hören von den Kolleginnen und Kollegen, dass die Belastung des Einzelnen noch nie so groß wie aktuell gewesen ist. Sie wird auch nach dem 1.9. - absehbar - nicht besser werden, sondern sich in vielen Bereichen noch verschärfen. Es bleibt nur die Hoffnung, dass die Regierungskoalition erkennt, dass die aktuelle Personalverteilung auf den Schultern unserer Kolleginnen und Kollegen stattfindet. Allerdings helfen uns weder Lippenbekanntnisse noch Durchhalteparolen weiter.

Wir werden dies weiterhin in den Medien darstellen, damit die Bürgerinnen und Bürger unserer Städte Essen und Mülheim an



BOUTIQUE CLUB



JEDEN FREITAG UND SAMSTAG & VOR FEIERTAGEN

RÜTTENSCHIEDER STERN 1 - 45130 ESSEN - WWW.FACEBOOK.COM/LUCY.ESSSEN

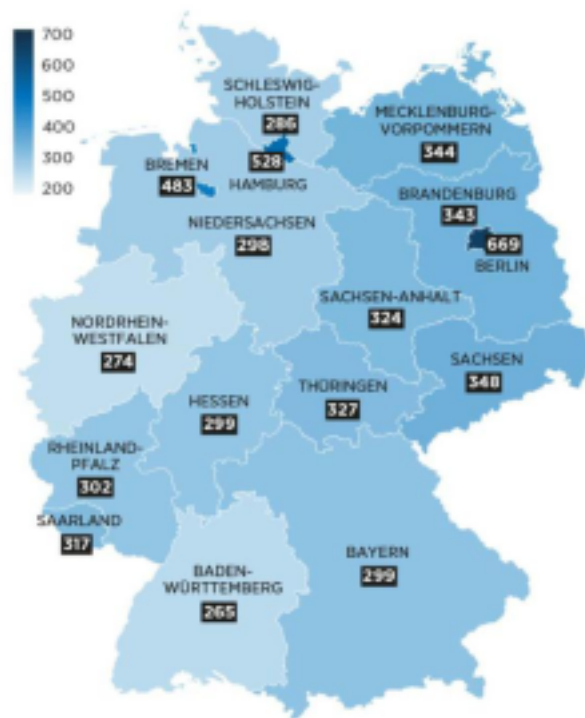
der Ruhr wissen, wie die Regierungskoalition mit ihrer Polizei Essen und der Sicherheit in den Städten umgeht. Ein „Schönreden“ der Personalsituation durch die Regierungsparteien werden wir nicht akzeptieren und uns klar dagegen positionieren. Denn wenn schon das Ministerium die Augen vor der falschen Personalverteilung im Land verschließt, werden wir dies nicht auch noch tun. Wir werden nicht aufhören auf unseren Wegen immer wieder auf die Fehlentwicklungen und die personelle „Mogelpackung“ bei der Polizei NRW hinzuweisen.

Das Ministerium und die Politik übertragen der Polizei immer mehr Aufgaben, mischen sich in Priorisierungen und damit in die Tagesabläufe ein und erklären medienwirksam, was die Polizei noch alles machen soll.

Aber was bei diesen Lippenbekenntnissen immer vergessen wird, ist, dass wir diese Aufgaben mit immer weniger Personal erledigen. Wir als Milchmädchenrechner können die Gleichung nicht mehr verstehen, denn was bei allen Zusatzaufgaben vergessen wird, ist die Abgabe von Aufgaben. In welchen Bereichen kann die Polizei weniger machen? Darauf erwarten wir zwingend eine Antwort! Jedem sollte klar sein, dass mit dem vorhandenen Personal nicht alles gleichzeitig geschafft werden kann.

Was sollen wir also nicht mehr machen? Herr Reul bitte antworten!!!

Polizisten pro 100 000 Einwohner



Info.BfL.de | Quelle: Statistisches Bundesamt, BamS | Stand: August 2019



Theodor-Körner-Straße 22
45661 Recklinghausen
Fax.: 02361/9818210

info@mediation-im-vest.de
www.mediation-im-vest.de

Tel.: 02361/667369 oder 0151/42634252

Sie haben einen Konflikt, Streit, eine Meinungsverschiedenheit mit einer anderen Person, Organisation oder Institution? Zuerst einmal werden Sie versuchen, das Problem direkt zu lösen. Wenn dies nicht gelingt, entscheidet ein Dritter (Schlichter, Richter etc.). Ihr Einfluss auf das Ergebnis ist dabei gering. Mediation löst Konflikte anders. Im Gegensatz zum Gerichtsverfahren entscheiden in der Mediation die beteiligten Konfliktparteien gemeinsam über Ihre Zukunft. Der allparteiliche und unabhängige Mediator leitet die Parteien dabei an. Es geht darum schnelle, flexible und kostengünstige Regelungen zu finden, von denen alle Seiten profitieren. Viele Anwendungsbeispiele finden Sie auf meiner Homepage. Wichtig ist, dass die Beteiligten grundsätzlich an einer fairen Lösung interessiert sind. Ich freue mich darauf Sie bei der Lösung Ihres Problems, Konflikts oder Streits zu begleiten.

bn.Rechtsanwälte



- Büro Bochum
Westring 23
44787 Bochum
t +49 234 96 137-0
f +49 234 96 137-49
info@bn-anwaelte.de
www.bn-anwaelte.de
- Büro Düsseldorf
Benrather Schlossallee 62
40597 Düsseldorf
t +49 211 210 901 40
f +49 211 210 901 49

Wir machen es Ihnen Recht – Kompetent. Engagiert. Zuverlässig

- Beamtenrecht
- Disziplinarrecht
- Prüfungsrecht
- Verwaltungsrecht
- Personalvertretungsrecht
- Strafrecht
- Arbeitsrecht
- Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsrecht
- Familienrecht

Unser Aufschlag in der NRZ...

Am Samstag, 17. August 2019 berichtete die WAZ auf der ersten Seite des Lokalteils für Essen unter der Überschrift

„Große Personalnot: Schon wieder weniger Polizisten für Essen“

über die aktuelle Personalsituation in unserer Behörde. GdP-Vorsitzender Heiko Müller, und seine beiden Stellvertreter, Jörg Brackmann und Frank Hergaden hatten in einem Gespräch mit Jörg Maibaum (NRZ-Redakteur) deutlich gemacht, dass die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen das zumutbare Maß überstiegen habe und sie sich jetzt an die Öffentlichkeit zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen wenden.

Wir haben der Aussage von einer Stärkung der NRW-Polizei widersprochen. Für uns ist dies ein Schönreden der Situation vor Ort. Wenn von mehr Planstellen für das PP Essen berichtet wird, sind dies nur Zahlen, denn die entsprechenden „Köpfe“ dazu fehlen; nicht erst in diesem Jahr. Nach unseren Berechnungen fehlt der Behörde inzwischen ein dreistelliger Personalbestand.

„Die anfallenden Aufgaben können nur unter außerordentlichem Einsatz erledigt werden, wobei die Grenze des Zumutbaren nicht selten überschritten wird und der Überstundenberg weiter wächst“,

so die Aussage der GdP im Artikel. Ein Gesichtspunkt sei dabei die stetig wachsenden Aufgaben, die im Missverhältnis zum tatsächlich vorhandenen Personalkörper stehe. Weiterhin wurde Frank Hergaden mit der Aussage „wer dauernd im roten Bereich dreht, dreht irgendwann durch“ zitiert, was den Nagel in vielen Kommissariaten auf den Kopf trifft. Jörg Brackmann ergänzte, dass selbst junge Kolleginnen und Kollegen nach Sommerwochenenden in der PI 3 – Nord so ausgelaugt seien, dass sie teilweise bis zu zwei Tage Schlaf benötigen, um die „Akkus wieder halbwegs geladen zu haben“. Die Dienstgruppenstärken sind für diese Einsatzbelastung einfach zu gering.

Heiko Müller forderte Innenminister Reul unmissverständlich auf: „Der Minister muss jetzt sagen, welche Aufgaben wir nicht mehr wahrnehmen sollen.“



Ein „Weiter so“ kann es für die GdP jedenfalls nicht mehr geben, auch weil in der Behörde die stressbedingten Erkrankungen, wie beispielsweise Burn-out-Diagnosen, insbesondere bei der Kripo zunehmen, in der immer mehr Vorgänge auf weniger Schultern verteilt werden, so die GdP-Vertreter im Gespräch.

Dies verschlimmere natürlich die Lage weiter. Wir haben deutlich gemacht, dass beim Einsatz in Ermittlungskommissionen und Sonderaufgaben die tägliche Arbeit in den Kommissariaten nicht nur liegen bleibt, sondern weitere Vorgänge hinzukommen. Dies führe in vielen Fällen nicht nur zu weiteren Belastung, sondern zum Teil sogar zu Überlastungen, weil die Kolleginnen und Kollegen bei ihren Vorgängen „kein Land“ mehr sehen. Der Stapel steigt unaufhörlich.

Aber auch die BPH-Kolleginnen und -Kollegen seien durch die zunehmende Anzahl von auswärtigen Einsätzen, die zum Teil die Politik verantworten müssen (z.B. Hambacher Forst), an ihre

Grenzen gebracht. Wir wissen, dass die Kolleginnen und Kollegen dieser Einsatzeinheit hoch motiviert sind und professionell die Aufgaben wahrnehmen. Vermutlich aufgrund des Alters dieser Kolleginnen und Kollegen stecken sie die Belastung noch gut weg, aber heute noch nicht spürbare Folgeschäden seien nicht ausgeschlossen, sondern eher wahrscheinlich.

Abhilfe könne zum einen eine Überarbeitung der BKV schaffen, sodass Polizei „dorthin geschickt wird, wo das Einsatzgeschehen spielt“ und das ist in den Polizeipräsidien. Zum Anderen solle die Politik endlich die seit Jahren von der GdP geforderte 10%ige Mehreinstellung zur Abdeckung von beispielsweise Erziehungs- und Mutterschutzzeiten umsetzen. Zudem muss die Diskussion, welche Aufgaben die Polizei aktuell nicht mehr wahrnehmen kann, ernsthaft betrieben werden. Das Motto „immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal“ führt uns „immer“ weiter in eine Sackgasse.

Was aber auf keinen Fall passieren darf, ist, dass Mehrdienststunden am Ende dem Verfall unterliegen. Für die Stunden, die Ende 2019, verfallen würden, erwarten wir eine zeitnahe Regelung, denn der Minister hat gegenüber der GdP unmissverständlich erklärt: „Bei der Polizei NRW wird keine Stunde verfallen.“ Hier nehmen wir Innenminister Reul wörtlich!

Eine kleine Auswahl von Reaktionen der Kolleginnen und Kollegen auf den Artikel:

Super Artikel in der NRZ von Heute – endlich wird mal tacheles geredet! Vielen Dank!

Guter Artikel

So sieht die Realität in den Kommissariaten aus. Alleine hier wurden in den letzten Jahren eine dreistellige Zahl an Kolleginnen und Kollegen abgebaut. Ich will gar nicht wissen, wie hoch die Zahl insgesamt ist.

Ihr Sagt, was die Kolleginnen und Kollegen täglich erleben. Danke!

Genauso wird in den Dienststellen diskutiert.

Jeder merkt es, aber die Politiker reden es schön.

„Die Fett gedruckten Passagen sind Zitate aus dem Artikel vom 17.08.19 in der NRZ Stadtteil Essen“

Ein wichtiger Hinweis & eine Bitte an alle neuen Kolleginnen & Kollegen

Bitte wendet euch kurzfristig an unsere regionalen Partner der Signal Iduna/Policeversicherung hier in Essen. bzgl. eurer Anwartschaftsversicherung. Die Anwartschaft war während des Studiums über eure GdP Mitgliedschaft versichert, muss aber nach Beendigung der Ausbildung von euch selbstständig fortgeführt werden!

Da Jahr für Jahr dies immer wieder einige „verschwitzen“ und dies ernste Auswirkungen haben kann (zum Beispiel bei Geburt, Polizeidienstunfähigkeit etc.) hier nochmal unser Apell, sich um die geänderte Lebenssituation zu kümmern und u.a. Anwartschaft, Versicherungen etc. anzupassen.

Lasst die Jungs der Signal Iduna vor Ort, mit denen wir seit über 20 Jahren vertrauensvoll und fair zusammen arbeiten, einen Blick auf die Anwartschaft werfen, um zu kontrollieren, ob alles noch passt.

Hier die Ansprechpartner vor Ort im GdP Büro:

Mischa Dück 0177/6257995 oder Markus Berresheim 0177/3241685

oder im GdP Büro: 0201/829-2483





**Herzlich eingeladen sind alle
Kolleginnen und Kollegen**



Beamten-Info

VL-Sitzung



**Thomas
Kutschaty**



Unser Gast:

**Ehemaliger
Justizminister NRW**

**Vorsitzender der
SPD-Fraktion im
Landtag NRW**

Mittwoch, 04.09.2019

Beginn: 15:00 Uhr

GdP-Büro, Norbertstr. 165

Anmeldungen

AnnaMarie.Freier@polizei.nrw.de

**Aufgrund der Räumlichkeit
müssen wir die Teilnehmer-
zahl begrenzen und eine
namentliche Anmeldung ist
erforderlich.**



WuW-Forum der GdP – „Es reicht! Keine Gewalt gegen Polizisten“

Die im Fortbildungskalender der GdP aufgeführten Fachforen (Ausbildung, Kripo, Verkehr und WuW) beschäftigen sich mit aktuellen Themen. Dort können unsere Mitglieder direkt mit hochrangigen (externen und internen) Referenten diskutieren und sich auszutauschen.

Die Tagesveranstaltung fällt unter „politische Bildung“ und ist nicht nur sonderurlaubsbewährt, sondern kann darüber hinaus ein Gewinn für die tägliche Arbeit sein.

Beim diesjährigen WuW-Forum, das verantwortlich von den Kolleginnen Meike to Baben und Sandra Anders (Landesbezirk) organisiert wurde, ging es erneut um die stetig steigende Zahl von Gewaltdelikten gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen. Meike to Baben ist im geschäftsführenden GdP-Landesvorstand und PHPR für den Bereich Wach- und Wechseldienst verantwortlich und erste Ansprechpartnerin – sie vertritt NRW zusätzlich im Bundesfachausschuss Schutzpolizei.

Thematisch ging es zunächst darum, welche Maßnahmen nach der Gewalt-Studie von 2011 gegriffen haben und welche weiteren Forderungen erfüllt werden müssen, damit ein turn-around-point erreicht wird. Auf Nachdruck der GdP wurde endlich der §114 StGB eingeführt, um nicht nur den Widerstand bei einer

Vollstreckungshandlung anzeigen zu können, vielmehr das gesamte dienstliche Handeln unter Schutz zu stellen. Dies muss jetzt von Staatsanwaltschaften (StA) und Gerichten konsequent angewandt und das Strafmaß ausgeschöpft werden.

Und genau da sind wir bei zwei wichtigen Punkten, die in diesem Forum besprochen wurden:

Zum einen sollen Polizistinnen und Polizisten jeden Angriff (auch verbale) zur Anzeige bringen, damit die StA und Gerichte handeln können.

„Nur wenn ich etwas vorliegen habe, kann ich arbeiten“, so Staatsanwältin Britta Zur. Frustration und Ignoranz helfen nicht. Die Einstellung der Verfahren ist keinesfalls die Regel.

Schließt sich die Behördenleitung dem Strafantrag der Kollegin oder des Kollegen an (wichtig: das Kreuzchen bei „Ich stelle Strafantrag“ nicht vergessen!), kann das Gericht das Verfahren nicht einstellen. Dann muss die Staatsanwaltschaft angehört werden und diese gibt eine Stellungnahme ab.

Der Direktionsleiter GE aus Düsseldorf, Dietmar Henning, berichtete dazu, dass das PP Düsseldorf sich in 99% der Fälle dem

Strafantrag anschließt. Das früher geforderte „öffentliche Interesse“ ist ebenfalls nicht mehr von Nöten.

Zweiter Punkt: In Düsseldorf gibt es ein Sonderdezernat für Angriffe auf Personen mit öffentlichen Aufgaben. Davon müsste es nach Auffassung aller Teilnehmer des Forums mehr geben!

Die dort tätige Staatsanwältin Britta Zur berichtete überzeugend von ihrer Arbeit und machte dies an einem Sachverhalt deutlich. Ein Kollege der Leitstelle wurde am Telefon auf das Übelste beleidigt und fragte nach, was in so einem Fall passieren würde, hätte er den Vorfall zur Anzeige gebracht? Die kurze Antwort der Staatsanwältin: „Bei mir hätte das den Anrufer ein Monatsgehalt als Strafe gekostet“.

Aber nicht nur die strafrechtliche Seite wurde beleuchtet, vielmehr ging es um geeignete weitere Einsatzmittel für den WuW. So unterstrich der stellvertretende Landesvorsitzende Heiko Müller sein Unverständnis, dass der Innenminister den Taser (oder auch DEIG) auf Eis gelegt hat.

Die GdP fordert nach wie vor die Einführung des zusätzlichen Einsatzmittels, das auch präventiv eingesetzt werden kann. Ein

Pilotprojekt in einer großen Behörde wäre ein Anfang, um eine Effizienzbewertung zu erlangen. Für die bereits angeschafften BodyCams sollten endlich alle Parameter erfüllt werden, um brisante Einsätze bildlich zu dokumentieren. Es muss ein Ende haben, dass Unbeteiligte Teilausschnitte vom Einsatzgeschehen der Polizei medial bereitstellen und veröffentlichen. Dadurch entsteht oftmals ein verfälschtes Bild der tatsächlichen Geschehnisse.

Nicht zuletzt ging es um die Betreuung und Hilfsangebote für Kolleginnen und Kollegen, die Gewalt erfahren haben. Hier hat sich in den letzten einiges zum Besseren verändert. Jedoch ist es vom Handeln der Behörde abhängig, was wie gemacht wird. Die von LPD Henning vorgestellte Verfahrensweise beim PP Düsseldorf ist nachahmenswert.

Nachzulesen unter: [https://www.gdp.de/gdp/gdpnrw.nsf/id/409A165B82ADC95CC1258432002970EF/\\$file/Referat_Dietmar_Henning_Gewalt_gegen_PVB.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdpnrw.nsf/id/409A165B82ADC95CC1258432002970EF/$file/Referat_Dietmar_Henning_Gewalt_gegen_PVB.pdf)

Insgesamt kann festgestellt werden: Es hat sich gelohnt das Forum zu besuchen! Als nächstes steht das Kripoforum am 8. November 2019 auf dem Programm –Anmeldung bei der GdP NRW.

 <p>SCHNELLRESTAURANT KORFU GRILL-PIZZERIA</p> <p>Huttropstr. 56 • 45138 Essen Tel: (0201) 27 09 70 www.korfu-grill-essen.de</p>	 <p>Unsere Öffnungszeiten: Dienstag bis Samstag von 11:00 bis 22:30 Uhr Sonn.- & Feiertage von 12:00 bis 22:30 Uhr</p>
--	---



Projekt „ANITA“ – erstes Musterbüro fertiggestellt!

Mit großen Schritten nimmt das Neu- und Umbauprojekt an der Theodor-Althoff-Straße Formen an. Der Gebäudeteil D wurde bereits komplett entkernt und wird derzeit von oben nach unten neu aufgebaut. Viele der für die neuen Büroräume benötigten Ständerwerke stehen bereits.

Zur Präsentation wurde sogar schon ein Musterbüro fertiggestellt, in dem alle Anforderungen bzgl. zu verwendender Materialien, Klimatisierung und Akustik nebst diverser anderer Dinge, Berücksichtigung gefunden haben.

Am Mittwoch, dem 26.07.2019, konnte sich Prof. Dr. Schönenbroicher aus dem Innenministerium bei einem Ortstermin zusammen mit unserem Polizeipräsidenten Frank Richter und den Mitarbeitern der Projektgruppe „ANITA“, persönlich ein Bild von den Baumaßnahmen an der Theodor-Althoff-Straße machen.

Prof. Dr. Schönenbroicher war beeindruckt und begeistert, wie professionell das PP Essen dieses große und anspruchsvolle Immobilienprojekt zusammen mit dem Vermieter, der renommierten Baufirma ZECH und dem LZPD vorantreibt.

Parallel zu den Arbeiten an den bereits bestehenden Gebäudeteilen D und Teilen von C, hat es bereits auch den Spatenstich zum Neubau der Kfz-Werkstatt gegeben.

Derzeit sind keine größeren Verzögerungen zu erwarten, sodass nach wie vor von einem Umzug in der zweiten Jahreshälfte 2020 auszugehen ist.

Wir freuen uns darauf und werden weiter berichten.

Roger Jaworski



ellies

...und Schmuck hat eine Seele.

Rüttenscheider Straße 158

45131 Essen

Tel. (0201) 780830 · Fax 780838

Mobil 0172 2028652

www.ellies.de · info@ellies.de

Öffnungszeiten: Di.-Fr. 10.00-18.30 Uhr · Sa. 10.00-14.00 Uhr oder nach Vereinbarung

Unser Gewinnspiel in der letzten Ausgabe:

Halbgötterdämmerung von Andreas Edelhoff

Natürlich haben wir es nicht gewusst, aber ein bisschen geahnt. Die von uns zur Verlosung überlassenen Krimi-Bücher mit dem Titel Halbgötterdämmerung von Andreas Edelhoff machten viele neugierig und regten zur fleißigen Teilnahme an. So haben wir mehr Zuschriften mit der richtigen Lösung bekommen als bei ähnlichen Verlosungen.

Dies hatte zur Folge, dass wir nicht zwei, sondern sogar drei Bücher der deutschen Erstausgabe verlost haben. Und die Gewinner erhalten etwas Besonderes, denn die 1. Auflage des Ruhrpottkrimis ist inzwischen restlos ausverkauft, so dass ab jetzt nur noch die zweite Auflage erhältlich ist.

Die richtige Antwort auf die Gewinnspielfrage „Welcher Tatort-Kommissar hat in der ARD-Fernsehserie von 1974 bis 1980 in Essen ermittelt?“, lautete natürlich:

Hansjörg Felmy als Kommissar Heinz Haferkamp.

ARD-Vorgänger war Kressin und Nachfolger Horst Schimanski. Den aktuellen Tatort-Ruhrgebietskommissar spielt der Dortmunder Peter Faber.

Die Gewinner der signierten Krimi-Bücher sind:

Hans (genannt Johnny) Harb
Axel Neubauer
Christoph Kalus

Die Übergabe der Bücher übernahmen Frank Hergaden (an Axel), Jörg Brackmann (an Christoph) und Heiko Müller (an Johnny). Wir wünschen den Gewinnern ein unbeschwertes Lesevergnügen mit dem neuen Essener Kriminaloberkommissar Stefan Braun und allen leer ausgegangenen Einsendern beim nächsten Mal ein Quäntchen mehr Glück.

Ähnlichkeiten im Buch mit realen Personen oder Organisationen sind rein zufällig, obwohl die Pressesprecherin Susanne Groß (!), der Essener Polizeipräsident Angler-Bierschmuck (!) und das Gewerkschaftsseminar im Sauerland besonders ins Auge fallen. Damit können nur wir, die GdP-Kreisgruppe Essen/Mülheim, gemeint sein!

Vielleicht besteht die Möglichkeit eine Kostprobe aus dem Buch in einer hausinternen Lesung zu bekommen – mal sehen, was noch so kommt...



Ziellinie der AG Tarif in Sichtweite

Wie Ihr alle wisst, ist ein Marathon nicht mal so eben zu bewältigen. Schon gar nicht, wenn man einige Jahre ungeübt ist, ein geeigneter Trainer fehlt und zusätzlich Hürden aufgestellt werden. So oder ähnlich könnte man die Situation zu Beginn der AG Tarif beschreiben.

Zwischenzeitlich wurde ein festes Team zusammengestellt. Dieses besteht aus Mitarbeitern/-innen des zuständigen SG ZA 22 und jeweils einem/einer Mitarbeiter/-in aus den Direktionen.

Einige Regierungsbeschäftigte wurden bereits aufgefordert, ihren Arbeitsplatz zu einem festgelegten Termin zu beschreiben. Aus unterschiedlichen Gründen hat das nicht immer termingerecht geklappt.

Anschließend überprüft selbstverständlich die jeweilige Dienststellenleiterin oder der Dienststellenleiter die Tätigkeitsbeschreibung, bevor sie den AG-Mitgliedern vorgelegt wird.

In der AG wird jede Vorlage besprochen, vereinzelt müssen noch Fragen mit der Beschäftigten, dem Beschäftigten oder der Dienststelle geklärt werden. In einigen Fällen ist auch ein Arbeitsplatzinterview unumgänglich. Abschließend erfolgt die Bewertung durch ZA 22.

Bei insgesamt ca. 260 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicherlich ein Marathon!

Aber die Mannschaft ist inzwischen gut trainiert, es läuft.....





DAS TEILZEITMÄRCHEN

Ende letzten Jahres konnte ich das GdP-Seminar „Versorgungsrecht für Frauen“ besuchen. Das Fazit nach Abschluss des Seminars ganz schön kompliziert. Als Referentinnen standen eine Rechtsanwältin aus Bochum für den Tarifbereich und eine Beamtin des LBV für den Beamtenbereich für Fragen zur Verfügung. Nach den jeweiligen Impulsreferaten, habe ich ehrlich gesagt nichts mehr verstanden. Die Berechnung von Renten und Pensionen besteht aus so vielen Komponenten, gerade wenn man in seinem Berufsleben nicht nur Vollzeit gearbeitet hat.

Erschreckend fand ich jedoch, dass viele der anwesenden Kolleginnen im Beamtenbereich der Meinung waren, dass sie die vollen Pensionsbeiträge bekommen, wenn sie überhöftig arbeiten (mind. 21 Std/Woche). Dieser Irrtum zog sich durch mehrere Behörden. Von Seiten der Referentin des LBV wurde auf mehrfaches Fragen dies verneint. Es war nie so, dass man mehr als die Hälfte der zu leistenden Stunden arbeiten konnte und damit die vollen Prozente für die Pensionsberechnung erhalten hat. Faszinierend, wie sich so eine Falschmeldung durch NRW ziehen konnte.

Fakt ist, dass die Entgeltpunkte für die Rente bzw. Prozente für die Pension nach dem geleisteten Stundenanteil berechnet wird. Wurde während des Arbeitsverhältnisses in Teilzeit gearbeitet oder Elternzeit (ohne Stundenanteil) in Anspruch genommen, wird dies, je nach Geburtsdatum des Kindes (Stichtag 01.01.1992), berechnet. Unter welchen Umständen eine Erhöhung der Rentenentgeltpunkte in Frage kommt oder ein Kindererziehungszuschlag o. Kindererziehungsergänzungszuschlag gezahlt wird, ist zu kompliziert, um es hier darzustellen. Ich verweise für die Beamten/-innen hier auf die Seiten des LBV. Kollegen/-innen, die in die Rentenkasse einzahlen, empfehle ich einen Termin bei Ihrer Rentenkasse zu machen.

Aber Eines lege ich allen Kollegen und Kolleginnen ans Herz: Kümmert euch rechtzeitig, damit eventuell eurerseits noch entgegengesteuert werden kann.

Sonja Galatsch-Perrey

Rechtsanwälte und Notar Dr. Keller
Muhrenkamp 11
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon (0208) 445240
Fax (0208) 449550
info@rae-drkeller.de



Rechtsanwälte - Fachanwälte - Notar



Sport- und Gesundheitstag 2019

- Handschellenweitwurf und Bobbycar-Rennen -

Auch in diesem Jahr fand der diesjährige Sport- und Gesundheitstag des Polizeipräsidiums Essen an der Sportanlage Ardelhütte statt. Unser Polizeipräsident, Frank Richter, betonte zur Begrüßung der Veranstaltung, dass er dieses Jahr wieder für das gute Wetter gesorgt habe und alle Beteiligten nun an der Reihe seien, diesen Tag zu einem sportlichen Erfolg für das Polizeipräsidium Essen zu machen.

Die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Essen/Mülheim, hat sich diese Gelegenheit nicht nehmen lassen, um für Unterhaltung zu sorgen und für viele Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen da zu sein. Insbesondere die Junge Gruppe der Kreisgruppe kümmerte sich dieses Jahr um die Ideen zur Veranstaltung und die Durchführung der GdP-Aktionen.

Mit dem Spiel „Handschellenweitwurf“ wurde die Geschicklichkeit an dem „Dienstinstrument“ getestet und eine Bestenliste erstellt.

Danach ging es zum „Bobbycar-Rennen“, wo die Kolleginnen und Kollegen ihre Schnelligkeit im Streifenwagen unter Beweis stellen konnten – auch zur Freude aller anderen entstanden hier diverse Live-Aufnahmen, die auch im Nachgang zu der Veranstaltung zur Belustigung beigetragen haben. ;-)

Für die jeweilige Gewinnerin oder Gewinner gab es von der Gewerkschaft tolle Preise.

Die genutzten Streifenwagen-Bobbycars konnten während der Siegerehrung spontan für einen guten Zweck versteigert werden. Bernd Stratmann und Markus-Alexander Hilz der Essener Hundertschaft boten die Höchstpreise, so dass insgesamt 50 Euro eingenommen werden konnten.

Frank Hergaden stellte gleichzeitig in Aussicht, dass der erzielte Verkaufspreis durch die Kreisgruppe Essen/Mülheim verdoppelt werde. Der Gesamtbetrag von 100 Euro wurde durch die Kreisgruppe an die Essener Elterninitiative zur Unterstützung krebskranker Kinder e. V. gespendet.

Vielen Dank an dieser Stelle auch an alle Mitbietenden, die an dieser Spende großzügig mitgewirkt haben.

Am Ende der Veranstaltung beendeten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen tollen Sporttag, sodass Frank Richter nun wieder an der Reihe ist, auch beim Sport- und Gesundheitstag 2020 für gutes Wetter zu sorgen.



**Ein herzliches „Gurren daag bi us!“
„Woll“-Kommen auf dem Klaukenhof – Ihrem
Erlebnishotel im Sauerland!**

Auf dem 220 Jahre alten Klaukenhof treffen Tradition und Moderne liebevoll aufeinander. Hier kümmern wir uns bereits in der dritten und vierten Generation persönlich um unsere Gäste. Gruppen zu bewirten und zu unterhalten ist seit Beginn unser Metier.

Unser Haus liegt in einem idyllischen Tal, frei von Durchgangsverkehr, umgeben von Wäldern und Wiesen – nicht weit von den bekannten Orten Elspe, Attendorn, Schmallenberg, Winterberg oder dem Biggsee entfernt. Der ideale Ort also, um das Sauerland und seine uralten Bewohner zu seiner schönsten Seite kennenzulernen!

Unsere Angebote:

- Familienspecials
- Seminarpauschalen mit Teambuildings
- Tagesprogramme für Betriebs-/Vereinsausflüge
- Wochenendpauschalen für Gruppen/Clubs/Vereine
- Vogelschießanlage
- Probenräume für Musikvereine

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

**Landhotel Klaukenhof
Familien Schmidt & Remmel**

Hammecketal 4, 57368 Lennestadt-Burbecke
Telefon (0 27 25) 22 01 – 0, Telefax (0 27 25) 22 01 – 55
info@klaukenhof.de, www.klaukenhof.de





Seniorenfahrt 2019

Die Seniorengruppe Essen/Mülheim führte ihr jährliches Seminar im Klaukenhof durch. Am späten Nachmittag des ersten Tages informierte der GdP-Vorsitzende Heiko Müller über aktuelle Gewerkschaftspolitik und die Kriminalitätsentwicklung.

Am Vormittag des zweiten Tages stand eine Besichtigung an und anschließend wurden Veränderungen im Beihilfe- und Versorgungstecht thematisiert.

Nicht zu kurz kam auch in diesem Jahr die Verkehrssicherheit: E-Bikes und Pedelecs wurden nicht nur theoretisch besprochen...wie jedes Jahr ein informatives Programm bei herrlichem Wetter!



KNIEGELENK-ARTHROSE? SCHMERZLINDERUNG OHNE MEDIKAMENTE

- Schonende Entlastung
- Weniger Schmerzen
- Mehr Bewegung
- Mehr Lebensqualität



**JETZT KNIE-ORTHESE
TESTEN!**

Termin sichern unter
0201-87918-0



Sanitätshaus Lang GmbH
Veronikastr. 80a
45131 Essen



Erste Ruhestandsausweise ausgegeben

Innenminister Herbert Reul hat am 15.07.2019 die ersten Ruhestandsausweise an 20 ehemalige Beschäftigte der Polizei ausgegeben. Zukünftig erhalten alle Beschäftigten bei Pensionseintritt bzw. bei Rentenbeginn automatisch diesen Ausweis im Scheckkartenformat.

Der Ruhestandsausweis räumt keinerlei hoheitliche oder vollzugspolizeiliche Befugnisse ein und ist mit keinen Privilegien verbunden. Er dient lediglich zum Nachweis, dass die Inhaberin bzw. der Inhaber ehemalige(r) Angehörige(r) der Polizei NRW ist, soll das Zugehörigkeitsgefühl der ehemaligen Kolleginnen und Kollegen zur Polizei NRW stärken und die Wertschätzung zeigen sowie die Kontaktaufnahme mit Polizeidienststellen erleichtern.

Wie erhalte ich den Ruhestandsausweis?

Ehemalige Angehörige der Polizei NRW, die Interesse an einem Ruhestandsausweis haben, müssen einen formlosen Antrag an die letzte (personalaktenführende) Dienstbehörde stellen. Ausgestellt wird der Ausweis sodann durch das LZPD NRW.

Welche Daten befinden sich auf dem Ausweis und wie wird dieser aussehen?

Für den Ruhestandsausweis wird auf die notwendigen personenbezogenen Daten (Name, Vorname, Ausweisnummer und Ausstellungsdatum) zurückgegriffen.

Name und Vorname der Inhaberin bzw. des Inhabers, die Aufschrift „Ruhestandsausweis der Polizei Nordrhein-Westfalen“ sowie die Kartenummer zur Identifizierung des Ausweises sind auf der Vorderseite der silber-grauen Scheckkarte vermerkt.

Die Rückseite trägt die ausstellende Behörde, das Ausstellungsdatum, das Unterschriftenfeld sowie den Hinweis, dass die Karteninhaberin bzw. der -inhaber über keine hoheitlichen Befugnisse verfügt.

Musterantrag auf der Folgeseite

Steuern? Wir machen das. Die VLH-Beratungsstelle in Herne

Sie suchen eine Fachfrau, die Ihnen die Steuererklärung erstellt und mit dem zuständigen Finanzamt kommuniziert, Förderungen und Zulagen beantragt und Ihren Steuerbescheid prüft? Da kann ich Ihnen helfen. In meiner VLH-Beratungsstelle kümmere ich mich außerdem auch um die steuerlichen Aspekte von Riester-Bonus und Wohn-Riester sowie um Freistellungsanträge für die Kapitalertragsteuer.

Die VLH ist Deutschlands größter Lohnsteuerhilfsverein, mit rund 3.000 Beratungsstellen bundesweit. Die Beratung erfolgt im Rahmen einer Mitgliedschaft. Der Lohnsteuerhilfsverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e.V. (VLH) berät Mitglieder im Rahmen des § 4 Nr. 11 StBerG. Arbeitnehmer, Studenten, Beamte, (Klein-)Vermieter, Rentner und Pensionäre sind herzlich willkommen. Sie zahlen als Mitglied einen jährlichen Mitgliedsbeitrag, der sich nach der Höhe Ihrer Einnahmen richtet. Wer wenig verdient, zahlt auch einen geringen Beitrag. Dafür stehe ich dann ganzjährig bei allen Fragen zur Einkommensteuer zur Verfügung - und das ohne Zusatzkosten.

Ist Ihnen der Beratungsstellenbesuch aus wichtigen persönlichen Gründen nicht möglich, berate ich Sie montags- und mittwochnachmittags auch gerne bei Ihnen zu Hause. Telefonisch erreichen Sie

mich über das Festnetz unter der nebenstehenden Telefonnummer. Am schnellsten jedoch Mobil (015142634252). Sofern Sie mich nicht direkt persönlich sprechen können, melde ich mich schnellstmöglich bei Ihnen, sofern Sie mir eine Nachricht auf dem Anrufbeantworter hinterlassen.

Steuern? Wir machen das.

VLH.

Ursula Ostgathe
Beratungsstellenleiterin
Danziger Str. 41
44649 Herne

☎ 0151/42634252



www.vlh.de

Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

 facebook.com/weinpalette



Über 600
Weine, Sekte,
Champagner,
Grappe und
Brände aus
aller Welt

Mehr erfahren – mehr genießen!

WeinPalette
E S S E N

Große
GIN-
Auswahl

Girardetstraße 2-38 (Girardet Haus) · 45131 Essen-Rüttenscheid · Tel. 0201 1029693
service@weinpalette-essen.de · weinpalette-essen.de

Abs.:

Datum: _____

An:

(die letzte personalaktenführende Dienstbehörde)

Antrag auf Ausstellung eines Ruhestandsausweises

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich als ehemalige Angehörige / ehemaliger Angehöriger der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen einen Ruhestandsausweis.

Mit freundlichen Grüßen



Heil- und Hilfsmittel im Rahmen der Beihilfe und freien Heilfürsorge

Die Beschaffung von Heil- und Hilfsmitteln bereitet sowohl während der Dienstzeit als auch im Ruhestand Schwierigkeiten, weil die genauen gesetzlichen Vorgaben oft nicht bekannt sind. Im Rahmen der freien Heilfürsorge wurden lang erwartete Verbesserungen in diesem Bereich eingeführt. Aber auch bei der Beihilfe gilt es auf die bestehenden Vorschriften zu achten, um nicht in eine Kostenfalle zu tappen. Deshalb wird nachfolgend im Rahmen einer Kurzzusammenfassung auf die wichtigsten Bestimmungen hingewiesen:

Für die freie Heilfürsorge gilt seit dem 1.4.2019, dass für physiotherapeutische, logopädische und podologische Anwendungen keine Genehmigungspflicht mehr besteht. Sie gelten, soweit sie im Heilmittelkatalog aufgeführt sind, als genehmigt. Die freie Heilfürsorge rechnet mit den Heilmittelerbringern nach den Sätzen der Krankenkasse ab; dieser Heilmittelkatalog ist im Internet auf der Seite der kassenärztlichen Vereinigung einsehbar. Anwendungen, die nicht aufgeführt sind, bedürfen dagegen weiterhin der Genehmigung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass alle physiotherapeutischen Standardbehandlungen aus der Geneh-

migungspflicht fallen. Ebenso bedürfen Hilfsmittel bis 500,-- € grundsätzlich nicht mehr der vorherigen Genehmigung.

Für die Beihilfe gilt, dass für physiotherapeutische, logopädische und podologische Anwendungen grundsätzlich keine Genehmigungspflicht besteht. Jedoch wird im Rahmen der Beihilfe nur nach den Vergütungssätzen der gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet. Diese Vergütungssätze sind in der Anlage 5 zur Beihilfe VO aufgeführt. Weicht der Heilmittelerbringer von diesen Gebührensätzen ab, wird der eventuell höhere Betrag nicht von der Beihilfe erstattet.

Hilfsmittel bis 1000 € und alle im Hilfsmittelkatalog – Anlage 3 der Beihilfe VO - aufgeführten Hilfsmittel sind von einer Genehmigungspflicht ausgenommen und können aufgrund ärztlicher Verordnung beschafft werden. Hilfsmittel, die nicht im Hilfsmittelkatalog aufgeführt sind und deren Kosten bis 2500 € betragen, müssen vorab von der Beihilfestelle genehmigt werden. Hilfsmittel über 2500 € bedürfen der Genehmigung des Finanzministers.

Heinz Reger



WIR
TRAUERN UM
UNSERE
KOLLEGEN

IN GEDENKE AN:

- **Heinz Sprenger**
im Alter von 66 Jahren
- **Olaf Mertins**
Angehöriger der KI St
im Alter von 59 Jahren
- **Rainer Bühne**
Angehöriger der PI 3 Nord
im Alter von 60 Jahren
- **Rolf Beschorner**
im Alter von 60 Jahren
- **Klaus Moryson**
im Alter von 67 Jahren

WIR WERDEN IHR ANDENKEN IN EHREN HALTEN



vollmergruppe
dienstleistung

security parking cleaning services

ALLE 3 MINUTEN WIRD IN DEUTSCHLAND EINGEBROCHEN

Wir schützen Sie vor ungebetenen
Gästen und vor Feuer.

- Überwachung und Installation
von Brand- und
Einbruchmeldeanlagen
- Kurzzeitüberwachung durch
mobile Sicherheitskräfte während
Ihres Urlaubs

Zuverlässigkeit seit über 70 Jahren
www.vollmergruppe.de



[24/7] 0208 588 577

Wir schützen Ihr Eigentum.
Nicht nur in der Urlaubszeit.



Wenn Sie sich **beim Sport nicht schützen**, müssen wir das eben tun.

Dafür bietet Ihnen SIGNAL IDUNA unterschiedlichste Tarife im Unfallschutz und natürlich auch in der Privat-Haftpflicht. So können Sie sich optimal Ihren Bedürfnissen entsprechend absichern, wenn Sie gern etwas aktiver leben. Und Ihr Fahrzeug versichern wir übrigens auch.

Die Ansprechpartner der SIGNAL IDUNA Gruppe im GdP Büro

Telefon 0201 829-2483

Inspektor Markus Berresheim, Mobil 0177 3241685

Generalagentur Mischa Dück, Mobil 0177 6257995

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen